Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 8 (1988)
Heft: 16

Buchbesprechung: Rezensionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rezensionen

Mies, Maria: Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Aus dem Englischen von Stefan Schmidlin. rotpunkt Verlag, Zürich, 1988 (320 S., br, 26.80 Fr.)

Maria Mies, seit 1969 in der Frauenbewegung aktiv, Mitbegründerin vieler Projekte, darunter der Zeitschrift *„beiträge* — zur feministischen Theorie und Praxis", ist heute Professorin für Soziologie im Fachbereich Sozialpädagogik in Köln.

Mit ihrem Buch ‚Patriarchat und Kapital', das 1986 unter dem Titel ‚Patriarchy on a World Scale' in London erschien, legt sie umfangreiche Studien zu jenen dringend notwendigen Frauen-Analysen vor, die unumgänglich sind zur Weiterentwicklung der Feministischen Wissenschaft, in der Theorie im politischen Zusammenhang verstanden wird; nicht nur in der Perspektive der Frauenbefreiung, sondern in Veränderungsprozessen überhaupt. Was Maria Mies von vielen Feministinnen unterscheidet, ist ihre unermüdliche Anstrengung, den Bogen ihres Denkens weit über den verengten Horizont des europäischen „Mittelstands" zu spannen und die Frauenfrage global, historisch und gesellschaftsanalytisch zu diskutieren, um zu ausgewiesenen Schlussfolgerungen und politischen Strategien zu gelangen .

Sie beginnt mit „Was ist Feminismus?" und „Wo stehen wir heute?", erläutert den Begriff „Kapitalistisches Patriarchat" und dessen „Wachstums"-Logik und -Mythologie, geht vorsichtig den „gesellschaftlichen Ursprüngen der geschlechtlichen Arbeitsteilung" nach und führt anschliessend materialreich ihre These von der strukturellen Ähnlichkeit zwischen *Kolonisierung* und *Hausfrauisierung* aus. Dabei kann sie sich auf ihre eigenen Erfahrungen und Beobachtungen in Indien stützen, wo sie jahrelang in Frauenforschungsprojekten gearbeitet hat; ferner auf eine mehrjährige Diskussion mit Feministinnen in der Bundesrepublik, die 1983 unter dem Titel „Frauen, die letzte Kolonie" veröffentlicht wurde (Mies, von Werlhof, Bennholdt-Thomsen) und viel Resonanz fand.

„Patriarchat" ist bei Mies kein ausserökonomisch, biologisch oder psychologisch zu erklärendes Phänomen, sondern eng verbunden mit dem Entstehen und Entwickeln des Privateigentums bis auf den heutigen Tag zu sehen: Es ist eine gesellschaftliche Realität, systemimmanent, weltweit verbreitet, unter verschiedenen Masken auftretend, immer jedoch mit der gleichen Konsequenz — der Unterdrückung und Ausbeutung des weiblichen Geschlechts, der Gewalt gegen Menschen, Völker und Natur. Die Frauen — das ist der gebärfähige Teil der Völker. Die ersten Sklaven waren Frauen, und sie werden wahrscheinlich auch die letzten sein — die letzte Kolonie, die sich befreien muss.

Private Aneignung impliziert ein dem Sinn und Geist nach immer gleiches Vorgehen: Erobern und Besetzen, Rauben, Kolonisieren, Entmachten, Entmündigen, Versklaven, Teilen und Beherrschen sogenannter „herrenloser" Sachen (*res;* res publica, worauf auch die republikanischen „Freiheiten" aller Marktwirtschaften gründen). Oder — juristisch gesprochen — kam es historisch zu den „natürlichen Arten des Eigentumerwerbs"... durch *Occupatio*, „Ersitzung". Eine Frage von Sitzfleisch also. Wer eine „herrenlose Sache" ein bis zwei Jahre zu ersitzen vermochte, ging als Eigentümer und Usufructor hervor. So wurden Land und Frauen — und deren Früchte — ersessen, Stück um Stück. Denn Land und

Frauen gehörten im Stamm eng zusammen, waren wie der Stamm selbst untrennbar, unteilbar, unveräusserlich: ein Ganzes — wie Stamm und Baum.

Mies führt diesen Teil Frauengeschichte leider nicht aus; sie begnügt sich mit lexikalischen Hinweisen, etwa dem Stichwort *Munt*; die männliche Vormundschaft über Frauen, Muttermund und die Erzeugnisse daraus —, worauf die Vater-Familie, *pater familias*, bis heute beruht. Ein durch Jahrhunderte hindurch ersessenes Vorrecht als Familienoberhaupt und Privateigentümer, das älteste und bekannteste Herr-schafts-Verhältnis, und so un-natürlich wie nur möglich, sodass es im Laufe der Zeit die obszönsten Obsessionen hervorbringen musste —, denen die Feministinnen heute nachspüren. Einige davon führt Mies in gesonderten Kapiteln aus — „Gewalt gegen Frauen und die fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation des Kapitals". Darunter die Hexenverbrennungen, Vergewaltigung und „die Mitgift als Tribut" — an Beispielen aus Indien. Wo auch der merkwürdige Satz, aus brahmanischer Jurisdiktion geflossen, steht: „Wer gibt, muss immer geben".

Die Mitgift ist die Tributzahlung der „braut-gebenden" Familie. In einem sozialen Kontext, in dem Frauen nichts gelten, daher „nichts wert sind", muss das Weggeben von Töchtern als eine Entlastung der Famile erscheinen. Da andrerseits nur weibliche Wesen das „Gift" der körperlichen Reproduktionsfähigkeit in sich mit-führen — als Gabe, *gift*, Potenz —, dient der Satz mitsamt dem Ritual dieses „negativen" Frauenkaufs lediglich der Verschleierung der wahren Tatsachen. Im Gesamtdurchschnitt ist die Rechnung eine Null-Gleichung. Die Söhne der von Töchtern „entlasteten" Familie holen fremde Töchter (mitsamt deren Mitgift!) heim und sichern die väterliche Stammhalterschaft.

Geben ist auch nach biblischer Jurisprudenz seliger denn Nehmen. Das ist der Trost für die, denen alles genommen wird. Und darum ist es nur logisch, dass, wer einmal gibt, immer geben muss. 99 Prozent allen Privateigentums befindet sich heute in Männerhand. Die derzeitigen Spaltungen zwischen Frauen in den westlichen Industrieländern und den Frauen in der „Dritten Welt" dienen dem Prinzip ‚Teile-und-Herrsche' des Patriarchats und der kapitalistischen Akkumulation, dem Weltmarkt, der, so Mies, auf der Kombination der geschlechtlichen und internationalen Arbeitsteilung beruht.

Unter den feministischen Strategien im letzten Teil erwähnt Maria Mies auch das Bemühen von Frauen in der „Dritten Welt", wieder zu Landeigentum zu kommen. Weltweit kann die Strategie allerdings nur eine ökonomische Sozialisierung sein, die Aufhebung von Privateigentum. Den Frauen in der „Ersten" und „Zweiten Welt" schlägt sie eine konsequente Konsumverweigerungsstrategie vor. Darunter versteht sie nicht passiven Konsum-Verzicht, sondern ein aktives Umdenken, Umkehren und Verwandeln der „Hausfrauisierungs"-Strategien des Kapitals, der staats- und privatrechtlich gemischten Zwangsbewirtschaftung der weiblichen Sexualität oder natürlichen „Mitgift" (Gebährfähigkeit) im Verbund mit der weiblichen Selbstaufopferungs-Ideologie.

Frauenbefreiung muss mit dem Herausentwickeln einer neuen politisch-wissenschaftlichen *Ökologie* zu tun haben. Der klassischen patriarchalen Auffassung von Herrschaft — über Frau, Natur, Produkte, Früchte — muss ein völlig anderer Arbeitsbegriff, ein kreatives Konzept von Ökonomie, Produktion/Arbeit und Zeit gegenübergestellt (und schliesslich durchgesetzt) werden; ein Konzept, das die herrschende Arbeitsteilung sprengt und von den natürlichen Kreisläufen, den eigentlichen Naturgesetzen, ausgeht: eine „moral economy". Die darauf aufbauenden Grundprinzipien der „Entkolonisierung" von Natur, Frauen und „Dritter Welt" sowie der Entwurf einer „öko-feministischen Gesellschaft" von Mies werden elementare Einsichten und Positionen in der feministischen Diskussion bleiben müssen, in einer Frauenbefreiung, die gegen jede Profit-Ökonomie zu kämpfen hat.

Vilma Hinn

König, Traugott (Hrsg.): Sartre. Ein Kongress. Rowohlts Enzyklopädie, Reinbek bei Hamburg 1988, (471 S., br., 24.80 Fr.)

Der vorliegende Band über den Internationalen Sartre-Kongress 1987 in Frankfurt ist nicht nur dem Kenner der Philosopie von Jean-Paul Sartre eine empfehlenswerte Lektüre. Die 24 Referate — unterteilt in fünf Themenbereiche: Sartres Subjektivität und Intersubjektivität, Ästhetik, Geschichts- und Sozialphilosopie, Sartre und der Strukturalismus sowie Sartre als Intellektueller — bieten durch ihre thematische Vielfalt einem breitest interessierten Kreis einen Einstieg in die philosophische Auseinandersetzung um Theorie und Praxis der Subjektivität; eine Theoriearbeit, die an Aktualität und politischer Brisanz angesichts postmoderner und poststrukturalistischer Zeitströmungen in Frankreich und in der BRD seit Sartres Tod 1980 nichts eingebüsst hat. Im Gegenteil scheint sich eine regelrechte Wiederentdeckung Sartreschen Denkens abzuzeichnen, wie dies Roland Barthes in den siebziger Jahren vorausgesagt hatte.

Gerade das Beharren Sartres auf dem Durchgang jeglicher objektiver Verhältnisse durch Subjektive, in welchem sich ebenso unweigerlich ein Rest an Freiheit und Eigenmächtigkeit bewahrt, wurde von orthodox-marxistischer Seite von allem Anfang an missverstanden, der Existentialismus nach dem 2. Weltkrieg als „Krise der bürgerlichen Philosophie" (Lukács) denunziert. Auch das strategische Bündnis der Marxisten und Neomarxisten mit Sartre in den 60er Jahren angesichts des strukturalistischen Angriffs auf seine Bewusstseins- und Subjektivitätstheorie vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, dass die philosophischen Konzepte, insbesonders auch jene späten Schriften Sartres, die er als Erweiterung und anthropologische Fundierung der marxistischen Theorie verstanden wissen wollte, in der BRD kaum rezipiert und diskutiert wurden. Damit wird nun im vorliegenden Band ein Anfang gemacht. Auf einige Beiträge sei im folgenden hingewiesen.

Erhellend für die Ausgangslage ist der einleitende Beitrag von *Herbert Schnädelbach* (‚Sartre und die Frankfurter Schule'). Ausgehend von einigen Gründen einer „verweigerten Zurkenntnisnahme Sartres" durch Horkheimer und Adorno — er erwähnt hier insbesondere die unterschiedlichen historischen Erfahrungen (Emigration vs. Résistance) und die gegenläufige philosophische Entwicklung der Kritischen Theorie und des Existentialismus, insbesondere was die Rezeption der marxistischen Theorie betrifft — konstatiert er eine erstaunliche Vielfalt von sachlichen Übereinstimmungen der philosophischen Grundmotive, die eine Konfrontation von z.B. Adorno und Sartre nicht nur nahelegt, sondern zugleich eine produktive Synthese und Fortentwicklung dieser philosophischen Konzeptionen ermöglicht. Sartres „Kritik der dialektischen Vernunft" enthält nach Schnädelbach erkenntnistheoretische und subjektivitätstheoretische Gehalte, die — insofern sie nach den subjektiven Bedingungen von Intersubjektivität fragen — Adornos sozialpsychologische Einsichten vertiefen könnten. Gleiches gilt für den Sartreschen Praxisbegriff, dessen Rezeption „in Frankfurt dazu dienen (könnte), handlungstheoretische Defizite der älteren Kritischen Theorie aufzuarbeiten und die Theorie des kommunikativen Handelns in ihrem prinzipiellen Teil weiter zu präzisieren" (S. 30). Im Gegenzug läse sich Adornos „Negative Dialektik" als antizipierte Metakritik der Sartreschen „Kritik der dialektischen Vernunft". Als Folge würde sich deren totalisierende Dialektik auf eine „kritische Hermeneutik des Individuellen" (S. 33) reduzieren lassen. Mit dieser Einschätzung Schnädelbachs ist zugleich ein Diskussionsrahmen eröffnet, in welchem die meisten Beiträge des Sammelbandes mit Gewinn zu lesen sind.

Überaus interessant sind beispielsweise jene von *Leo Fretz* (Knappheit und Gewalt. Kritik der dialektischen Vernunft), der die Sartreschen Konzepte Knappheit und Gewalt zu jenen Lenins situiert und von *Gerhard Seel* (Wie hätte Sartres Moralphilosophie ausgesehen?), der die Frage nach Sartres Moralkonzeptionen, die Gründe für ihr Scheitern und ihr Gelingen aufrollt, sowie jene von *Axel Honneth* (Kampf um Anerkennung. Zu Sartres Theorie der Intersubjektivität) und *Rainer E. Zimmermann* (Imagination und Katharsis. Zum poetischen Kontext der Subjektivität), von denen ersterer die Grenzen der frühen Theorie des Zwischenmenschlichen und zweiterer die Möglichkeiten der späten dialektischen thematisiert.

Hingewiesen sei weiterhin auf die Beiträge von *Iring Fetscher* (Sartre und der Marxismus), *Vincent von Wroblewsky* (Von der Authentizität des Individuums zur Intelligibilität der Geschichte), *Hauke Brunkhorst* (Sartres Theorie des Intellektuellen) und *Klaus Dörner* (Über die Randständigkeit des Menschen).

Bedauerlich ist die auffallend mangelhafte Diskussion und Auswertung des letzten Werkes „Der Idiot der Familie", zumal es als die Summe von Sartres denkerischen Bemühungen gelten kann. Die Verwebung von Subjektivität und Geschichtlichkeit, die Sartre darin exemplarisch demonstriert — ein Versuch, der einzigartig dasteht, indem er eine Synthese von Marxismus und Psychoanalyse, beide in flexibilisierter Form, intendiert und an der Figur Flaubert konkretisiert —, vermag die universale Induktion von Entfremdung wie auch die Beteiligung des Einzelnen an der Aufrechterhaltung derselben verständlich zu machen, ohne die Subjektivität in ein strukturales Gefüge aufzulösen. Einzig *Gertrud Koch* (Sartres Ästhetik. Exzentrisch zu Subjek und Gesellschaft) und *Rainer E. Zimmermann* behandeln einzelne Aspekte dieses monumentalen Werkes.

Nicht zuletzt wird die Rückbesinnung auf Sartre auch von den postumen Veröffentlichungen aus dem Nachlass nahegelegt, auf die hier hingewiesen werden soll. In der Übersetzung liegen davon bisher lediglich die „Tagebücher 1939 bis 1940" vor; die „Aufzeichnungen zu einer Moral" (Cahiers pour une morale, 1983) und der Entwurf des zweiten Bandes der „Kritik der dialektischen Vernunft" (Critique de la raison dialectique II, 1986) sind in Vorbereitung.

Bleibt zu hoffen, dass das von einigen Referenten zu Recht beklagte Versäumnis einer eingehenden Sartre-Rezeption im deutschsprachigen Raum von einer geduldigen Lektüre der politischen und philosophischen Schriften abgelöst wird und dass diese anstehende Auseinandersetzung durch die Veröffentlichung der bislang umfangreichsten Sartre-Biographie von Annie Cohen-Solals, 1988, nicht behindert, sondern gefördert wird.

Ute Sorg

Verein Feministische Wissenschaft Schweiz (Hrsg.): Ebenso neu als kühn. 120 Jahre Frauenstudium an der Universität Zürich. eFeF-Verlag, Zürich 1988. Schriftenreihe des Vereins Feministische Wissenschaft. (239 S., Fr. 29.80)

Berühmte Frauen wie Rosa Luxemburg, Lou Andreas-Salome oder Anita Augspurg, Deutschlands erste Juristin, haben in Zürich studiert. Auch die Ärztin und Revolutionärin Vera Figner (1852 - 1942) und mit ihr über 100 andere Russinnen sowie die erste Schweizer Ärztin Marie Heim-Vögtlin (1845 - 1916) haben sich hier vor bereits mehr als hundert Jahren ihre Ausbildung ge-

holt. Als ich 1979 an die Uni kam, wusste ich davon nichts, und als ich mich für Feministische Wissenschaft zu interessieren begann, fielen mir zwar die männlichen Gipsköpfe in der Aula auf, aber dass es zu deren Lebzeiten auch Frauen wie die Historikerin und Frauenrechtskämpferin Meta von Salis (1855 - 1929) oder Emilie Kempin-Spyri (1853 - 1901), erste promovierte und habilitierte Schweizer Juristin, gegeben hatte, war nicht nur mir unbekannt.

Kempin-Spyris logische Ansicht, aus dem Gleichheitsartikel der Bundesverfassung folge auch die rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann, wurde 1887 vom Bundesgericht als „ebenso neu als kühn" bezeichnet und deshalb abgewiesen. So erklärt sich der Titel der Dokumentation über das 1987 vom Verein Feministische Wissenschaft veranstaltete Jubiläum „120 Jahre Frauenstudium an der Universität Zürich", womit erstmals seit 1928 (!) ein — zwar auf Zürich begrenzter — Überblick zu diesem Thema verfügbar ist.

Der Sammelband macht den Anfang in der neu gegründeten Schriftenreihe des Vereins Feministische Wissenschaft und enthält vier Referate, eine Ausstellungsdokumentation über die Anfänge des Frauenstudiums und eine Zusammenfassung des Podiums über universitäre Frauenförderung. Er gehört zum Glück nicht zu jenen Dokumentationen, die selbst interessierte LeserInnen mit ihren Computerschriftwüsten abschrecken. Ein schöner, übersichtlicher Satz, viele Portraitfotos von frühen Studentinnen und andere Illustrationen, die Wiedergabe von schwer zugänglichen Briefen, Zeitungsartikeln oder Archivdokumenten sowie Tabellen und Grafiken zum zahlenmässigen Anteil der Frauen am Universitätskuchen von 1840 (erste Hörerinnen) bis heute ergeben ein spannendes Lese- und Nachschlagebuch. Letzteres gilt zwar aus einem ebenso simplen wie ärgerlichen Grund nur beschränkt: Ein Register, und wäre es nur ein Namenregister, fehlt, und auch die genauen und nützlichen Anmerkungen und Literaturangaben sind leider in mehreren Zählungen über das ganze Buch verstreut.

Am interessantesten finde ich den auch umfangmässig grössten historischen Teil (siehe unten), der sich mit wenigen Ausnahmen auf das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts beschränkt; die Entwicklung im 20. wird lediglich anhand von Statistiken skizziert, nähere (qualitative) Angaben wären zu erarbeiten. Dass die zwar nicht kontroversen Positionen des Podiums zur Frauenförderung (z.B. wird weder die universitäre Forschung grundsätzlich in Frage gestellt, noch werden Ideen wie die einer Frauenuniversität diskutiert) in den Band aufgenommen wurden, finde ich politisch wichtig; schliesslich ging es beim Jubiläum ja nicht um einen zufriedenstellenden Rückblick, hat sich doch die Pionierrolle Zürichs beim Frauenstudium im 20. Jahrhundert eher ins Gegenteil verkehrt als bestätigt.

Die Gegenwart reflektieren die Referate der Physikerin *Myriam Salzmann*, die auf die Grenzen der dank New Age neu verbrämten Physik hinwies, und der feministischen Theoretikerin *Christina Thürmer-Rohr*, deren Überlegungen zu Mittäterschaft und Lust-Verlust von Frauen an der Universität aber zum grössten Teil und oft wörtlich bereits in ihrem Essayband „Vagabundinnen" zu lesen sind.

Einen anschaulichen historischen Einstieg bietet *Doris Stumps* Darstellung der Pionierinnen des Frauenstudiums. Durch viele sprechende Zitate aus Briefen, autobiographischen, literarischen und journalistischen Texten von Frauen, die zu den ersten Studentinnen Europas gehörten, wird das Spannungsfeld sichtbar, in dem sie standen. Sie zeigen die Einschränkungen, Anpassungen und Schwierigkeiten — Meta von Salis sprach von „vollständiger Selbstverleugnung", die das Studium erfordere — ebenso wie die kritische Tradition in der Einschätzung der Männeruniversität und der dort betriebenen Wissenschaft, die zwar für viele

Frauen ein hohes Ziel darstellte, aber keinesweg ein über alle Zweifel erhabenes.

Ein bekannteres Thema greift *Angela Graf-Nold* auf, indem sie am Beispiel der frühen Kontroverse (1872) über das Medizinstudium von Frauen die zum Teil bis heute (nicht wegen ihrer Stringenz) wirksamen Argumentationen gegen Wissenschafterinnen vorführt, die alle auf dem Topos von der „Natur der Frau" beruhen.

Die Dokumentation über die Anfänge des Frauenstudiums versammelt eine Fülle von die Referate ergänzenden Informationen aus allen fünf Fakultäten, darunter rund 30 Kurzbiographien. Die Gewichtung der einzelnen Themen ist zwar zum Teil unbefriedigend, so kriegt Meta von Salis nur gerade 16 kurze Zeilen, während sich die Adressen der ersten Russinnen über 6 ganze Seiten erstrecken. Trotzdem wird die Vielfalt und der Reichtum wie auch die Tragik weiblicher Wissenschaftstradition (Selbstmord und Wahnsinn gehören dazu) sichtbar. Hervorheben möchte ich *Monika Bankowski-Züllig*s hervorragend recherchierte und spannende Beiträge über Nadežda Suslova (1843 - 1918), die 1867 als erste Frau in Medizin promovierte, und über die russische (und revolutionäre) Kolonie, der Zürich seinen Ruf als frauenfreundliche Universität dankt. All das regt zum Weiterlesen und hoffentlich auch zum Weiterforschen an. Auf jeden Fall wäre dieser Band für einmal eine sinnvolle Pflichtlektüre nicht nur für Studentinnen, nicht im Sinne einer Heldinnenverehrung, aber zur Schärfung des Bewusstseins der eigenen Lage.

Claudia Weilenmann

Schöni, Walter: Unesco – Krise der westlichen Hegemonie.
Staatliche Kulturkonzeptionen und die politische Rolle der Schweiz. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1988. (Reihe Forschung Bd. 579). (270 S., br., ca. 48.— Fr.)

Schöni stellt mit seiner Studie über die UNESCO sowohl Rezensenten als auch Rezipienten vor eine schwierige Aufgabe. Der Laie steht vor dem Buch zunächst so ratlos wie vor dem Haus der UNESCO in Paris: Er kann zwar die Form erkennen – ein Hauptgebäude mit zwei Flügeln, zwei grössere Nebengebäude –, doch die Funktion der einzelnen Teile, vielmehr noch des ganzen Komplexes, ist nicht ersichtlich. Man versucht, das Gebäude zu betreten – vielleicht kann man sich ja im Inneren orientieren –, doch es braucht ein Passwort, einen Ausweis, eine Empfehlung. Aber auch wenn man die erhält, das Haus betreten kann, nimmt die Ratlosigkeit nicht ab: lange Gänge, riesige Treppen, Hallen, Büros, unübersichtliche Verbindungswege... Eine Welt, der man anmerkt, dass sie sinnvoll konzipiert ist, ihre innere Logik hat, in der wichtige Arbeit geleistet wird, aber – eine unzugängliche, hermetische Welt.

Das Passwort zum Eintritt in das Gedankengebäude dieses Buches ist die (Fach-)Sprache, genauer: eine sehr differenzierte Begrifflichkeit. Diese muss man entschlüsseln; wenn man sich diese Mühe macht, zeigt sich, dass die Komplexität durchdacht ist – und pointierte Aussagen gemacht werden.

Der Autor skizziert zunächst das von P. Heintz entwickelte Modell der „Weltgesellschaft", das seiner Arbeit zugrunde liegt. Nicht eine gefestigte soziale Identität zeichne die Weltgesellschaft aus – weder individuelle noch kollektive Akteure verhalten sich als „Weltbürger" –, nur eine „negative" Identität lässt sich postulieren aufgrund der Tatsache, dass überhaupt irgendwo

– in der UNO – gegensätzliche Vorstellungen aufeinanderprallen können, dass sich beispielsweise kapitalistische Staaten und antikapitalistische Befreiungsbewegungen am gleichen Tisch auseinandersetzen müssen.

Diese Weltgesellschaft hat sich in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg entscheidend verändert. Das kapitalistische Entwicklungsmodell hat an Glaubwürdigkeit verloren; die Entkolonialisierung ist vollzogen; eine neue „koloniale" Vorherrschaft hat sich installiert; schliesslich haben die multinationalen Industrieunternehmungen zunehmend mehr Gewicht erlangt.

Dieser Zerfall der weltpolitischen Ordnung in der Nachkriegszeit hat sich auch auf die UNO ausgewirkt: Die Hegemonie der Grossmächte ist gebrochen, auch in Fragen der Kulturpolitik. Der Einzug souveräner Drittweltstaaten in die UNESCO hat u.a. eine Politisierung mit sich gebracht: Drittweltstaaten bringen politische Inhalte in die Debatte ein und erreichen durch ihr zahlenmässiges Gewicht, dass Resolutionen zu politischen Themen verabschiedet werden. Wie sich nun dieser Wandel der Kräfteverhältnisse auf die Kulturdiplomatie ausgewirkt hat, ist das Thema von Schönis Studie. Er bedient sich zur Untersuchung dieser Frage einer textanalytischen Methode, die nach Strukturen sucht, die „hinter" schriftlichen oder mündlichen Verlautbarungen von Mitgliedstaaten wirksam sind.

Die Forschungsarbeit gliedert sich in zwei Teilstudien: Die erste untersucht die kulturpolitischen Konzepte bzw. Codes von 40 staatlichen Interventionen, die an der II. Weltkonferenz über Kulturpolitiken 1982 vorgebracht worden sind. In diesen Dokumenten sucht er die typischen Formen der Konzeptualisierung von Sachverhalten und ihre Verknüpfung in Codes: in „Binnencodes" zur Darstellung der Nationalkultur eines Staates, in „Aussencodes" zur Darstellung seiner Idee von Weltkultur. Die Untersuchung der darauf basierenden Typologie zeigt, dass sich die Industriestaaten im kulturpolitischen Diskurs trotz des weltweiten Wandels noch immer als kulturell hochentwickelt verstehen, dass überhaupt die „Entwicklung" eines Staates noch ein kulturpolitisches Kriterium darstellt und als Rechtfertigung der Hegemonie verstanden wird. Die Drittweltstaaten hingegen verlangen gleichberechtigte Zusammenarbeit bzw. Umwälzung der bestehenden Herrschaftsordnung – je nach Perspektive.

In der zweiten Teilstudie behandelt Schöni die politische Rolle der Schweiz in der UNESCO 1972-1982. Nach der in der Teilstudie I aufgestellten Typologie gehört die Schweiz zu den Staaten des hegemonialen Typus „Liberalismus - Universalismus". In welchen Argumenten und Strategien manifestiert sich nun diese Haltung? An zwei Beispielen – dem Kampf gegen die „Neue Internationale Informationsordnung" und dem Kampf gegen die „Verstaatlichung" der Kultur – wird gezeigt, dass das „Kulturelle (...) idealisiert, entpolitisiert und der Funktionsweise des Marktes angeglichen" werden soll. Indem die Schweiz ihren eigenen Code, die liberalistisch-universalistische Sichtweise, auf alle Problemstellungen anwendet, versucht sie, alte Kräfteverhältnisse zu reproduzieren. Konkret lassen sich vier Strategien dieser hegemonialen Stossrichtung unterscheiden: zwei Ausgrenzungsstrategien (Vorwurf der Politisierung und der Ideologisierung) und zwei Entlegitimierungsstrategien (Disqualifizierung der Abstimmungsmehrheiten, Vorwurf der Bürokratisierung bzw. Zentralisierung der Weltkultur durch die UNESCO). Immerhin können diese Strategien ihre Ziele nicht geradlinig durchsetzen, sie müssen auf Veränderungen reagieren. Wie stark die hegemonialen Deutungsmuster in ihrer Wirksamkeit schon eingeschränkt sind, muss allerdings offenbleiben.

Im Schlussteil wird die vieldiskutierte „Krise der UNESCO" aufgerollt und auf die *Krise der hegemonialen Kulturvorstellungen* zuruckgeführt. Die schweizerische Kulturpolitik sieht Schöni vor diesem Hintergrund als Versuch der Legitimation der westlichen

Machtposition, von der die Schweiz selber abhängig ist.

Ein paar Einwände – weniger zu Anlage und Methode der Forschungsarbeit als zu ihrer Lesbarkeit – sind anzubringen. Zwar verwendet Schöni die wissenschaftliche Sprache mit grosser Eleganz; doch die gedankliche Präzision läuft Gefahr, durch die sprachliche Überpräzision verschleiert zu werden; die allzugrosse Perfektion des Ausdrucks versteckt die Aussage. Natürlich sind die Sachverhalte kompliziert, sie verlangen ein Mitdenken; sie sollen und dürfen nicht simplifiziert und banalisiert und damit problemlos konsumierbar gemacht werden. Aber vielleicht gäbe es einen Mittelweg? Es ist einfach zu ärgerlich, dass das eingeengte Bild von der UNESCO, das die offizielle Schweiz den Schweizern vermittelt, für alle leicht zu fassen ist und deshalb in Zeitungen und Zeitschriften fleissig reproduziert wird, dass aber eine Arbeit mit unvoreingenommener Sicht wegen ihrer hochwissenschaftlichen Sprache so schwer verständlich ist und möglicherweise zu wenig zur Kenntnis genommen wird. Doch dieser Einwand kann die Bedeutung des Buches nicht schmälern. Die angewandte Methode der Textanalyse, die Entwicklung der Typologie kulturpolitischer Vorstellungen auf der Basis des Modells der „Weltgesellschaft" sind beispielhaft, weil sie vom Eurozentrismus wegführen und versuchen, die „Welt" als Ganze zu beschreiben.

Die politische Bedeutung des Buches liegt vor allem darin, dass es zeigt, wie in der UNESCO nicht einfach „abgehobene" Aussenpolitik gemacht wird: die Vorstellungen, die dort im Vordergrund stehen, haben z.B. in der schweizerischen Innenpolitik ihre Entsprechungen. Von daher muss diese Analyse die linke Opposition interessieren. Denn diese muss wissen, welche kulturpolitischen Entwicklungen die staatlichen Vertreter auch in ihrem Namen vorantreiben, welche Strategien sie dazu benützen und auf welche Weise sich diese Strategien in Texten niederschlagen.

Aber auch ganz praktischen Nutzen kann man aus diesem Buch ziehen: Schöni hat ein Fülle von (Basis-)Informationen zusammengestellt, die innerhalb der eigentlichen Untersuchung klar abgegrenzt (und deshalb leicht zu finden) sind. Beispiele sind die (Vor-)Geschichte der UNESCO, ihre Entwicklung; dann die II. Weltkonferenz über Kulturpolitik mit Themen, Meinungen, Machtkonstellationen; das Kapitel über die politische Rolle der Schweiz in der UNESCO. Hinter diesen Zusammenstellungen steckt eine gewaltige Detailarbeit, von der auch Leute, die sich eher an „des Lebens goldnen Baum" als an die „graue Theorie" halten, Gebrauch machen können und sollen.

Verena Bider

Hans Werder/Ruedi Meier/Peter Müller (Hrsg.): Sozialdemokratie 2088. Perspektiven der SP im 21. Jahrhundert. Z-Verlag, Basel 1988 (184 S., br., 25 Fr.)

Kurz vor dem Jubiläumsparteitag ist ein weiteres Buch zur SPS in den Handel gekommen. Setzt sich die von der Partei herausgegebene Festschrift (Solidarität, Widerspruch, Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Limmat Verlag, Zürich 1988; Besprechung von R. Graf in *Widerspruch 15)* kritisch mit ihrer Vergangenheit auseinander, so beansprucht die Neuerscheinung, „Perspektiven der SPS im 21. Jahrhundert" zu eröffnen.

Als Aufhänger dient das im Juni 1986 von einer 28köpfigen „SP-Arbeitsgruppe Perspektiven" verbreitete Diskussionspapier, das an einer Tagung im März 1987 behandelt wurde (Bericht in *Profil/Rote Revue 5/1987)*. Der Sammelband vereinigt damalige Referenten sowie weitere Autoren – insgesamt 21 Männer und eine Frau.

Das Diskussionspapier, das im Anhang abgedruckt ist, nennt die „dritte industrielle Revolution" als entscheidende Herausforderung der SP. Sie wird, bei einigen kritischen Anmerkungen, positiv gewertet. Undogmatisch habe die SP „den wirtschaftlich-technischen Fortschritt in einen gesellschaftlichen Fortschritt umzusetzen." Der Marktmechanismus wird kritiklos bejaht (S. 165): „Ein funktionierender Markt führt zu einer dezentralisierten Machtverteilung und ermöglicht einen effizienten Einsatz wirtschaftlicher Mittel." Gegen „falsche Utopien" von links und „Verteidigung des status quo" von rechts müsse man sich abgrenzen.

Die Lage der SP, der neue Kräfte die „Vordenkerrolle" streitig machten und Wähler davonliefen, sei schwierig, unter anderm wegen des bereits erreichten sozialpolitischen Niveaus, des Rückgangs der Arbeiterschaft, der Schwäche der „Vorfeldorganisationen", sozialen Abschliessungstendenzen der SP, Flügelkämpfen usw. Eine Lösung bringe nur die Verdrängung der traditionell-gewerkschaftlichen und der an neuen sozialen Bewegungen orientierten Strategien durch die breite Mitte der Partei.

Die neue SP-Strategie habe sich auf einige Schlüsselfragen zu konzentrieren und diese hartnäckig zu verfolgen. Wirtschaftspolitisch werden nur marginale Reformen, vor allem Schonung der Umwelt und Verbesserung der Stellung des Arbeitnehmers im Betrieb, vorgeschlagen. Die Umweltpolitik beschränkt sich auf nicht näher umschriebene Massnahmen zum Sparen nichtregenerierbarer Ressourcen und ursachengerechter Beseitigung von Belastungen. In der Sozialpolitik sticht die Ablehnung der 2. Säule heraus. Der Staat schliesslich gilt nicht mehr als Löser aller Probleme.

Die von ideologischem Balast befreite SP hätte sich nach neuen Wählern umzusehen. Weil die traditionelle Arbeiterschaft ständig abnimmt und die neuen sozialen Bewegungen unbedeutend blieben, seien diese vor allem im breiten Feld der Angestellten zu suchen.

Zur skizzierten Programmatik äussern sich zunächst vier dezidierte Kritiker: Nach *Tobias Kästli* könnten die Vorschläge auch von Ex-Migros-Boss Pierre Arnold stammen und wollten die SP zur „Supermanagerin" des technischen Fortschrittes machen. Er plädiert für einen innerparteilichen Pluralismus, der auch Utopien anerkennt. Eine Reformpartei ohne gesellschaftspolitische Perspektive gibt für *Peter Vollmer* keinen Sinn. Unter Berufung auf den von der Gegenseite gern zitierten Peter Glotz bezweifelt er, ob die Befreiung von ideellen Grundsätzen die Linke glaubwürdiger macht. Vor dem Wechsel der Programmatik wie ein Hemd warnt ebenfalls *André Daguet*. So immobil sei die SP nicht, und die liberale, reformistische Mitte sei schon von andern abgedeckt. Im Grad der Betroffenheit sieht *Michael Kaufmann* einen wichtigen Ansatz und wünscht „Opposition für eine menschengerechte nachindustrielle Zeit" statt „Pragmatismus und Integration". Weiter hinten distanziert sich *René Longet* vom „technokratischen Machbarkeitsglauben" und warnt vor dem Anspruch auf Manipulation des Lebens (Gentechnologie). Interessenvertretung für Mieter, Konsumenten und Lohnempfänger genüge nicht mehr. Die SP habe nur eine Zukunft als „Wertepartei", als Verteidigerin gewisser Grundrechte.

Verschiedene Beiträge befassen sich mit der Zielgruppe der SP. *Jean-Noël Rey* beschreibt aufgrund einer soziologischen Untersuchung eine „neue Arbeiterklasse". Dass Gewerkschaftskandidaten für ein „progressives Milieu" und auch für panaschierende Wähler

anderer Parteien nicht sonderlich attraktiv sind, zeigt *Rudolf Burger* anhand von Wahlergebnissen. Für *Otto Stich* springt die SP zu vielen Gruppen ideologisch nach, während sie sich nach *Hanna Muralt* verstärkt „den neuen sozialen Gruppen und insbesondere der feministischen und ökologischen Bewegung" öffnen soll. Von ihrer sozio-ökonomischen Stellung kann *Wolf Linder* die Wähler der Bundesratsparteien kaum mehr unterscheiden. Um stärker zu werden, müsse die SP ihr Angebot an Aktivisten der Bewegungen, die in gleicher Richtung wirken, aufrechterhalten und gleichzeitig durch ausgewählte, beharrlich zu verfolgende Themen weniger politisierte Schichten ansprechen. In einer Überarbeitung des Parteiprogramms um die Stichworte „sozial, umweltbewusst, liberal" sieht *Martin Bundi* das Angebot an neue Wähler, während sie *Rudolf Strahm* mit einem neuen Arbeitsstil erreichen will. Angepeilt sind von allen Autoren wenig politisierte Angestellte, da mit den traditionellen Arbeitern und den „neuen sozialen Bewegungen" kein respektables Gewicht möglich sei.

Schliesslich kommen noch einige weitere Themen zur Sprache. *Fritz Reimann* und *Peter Graf* fordern bei grundsätzlich positiver Beurteilung des Diskussionspapiers personelle Konsequenzen. Ersterer möchte die Mandatsträger besser in der Parteileitung vertreten wissen, letzterer die innerparteilichen Arbeitsgemeinschaften nach französischem Muster zu organisierten Tendenzen, die die Parteileitung nach einer Art Proporz bilden, ausbauen. *Helmut Hubacher* verteidigt die „sozial-grüne Linie", will aber vermehrt Schwerpunkte setzen. Einige Rahmenbedingungen für die SP-Umweltpolitik stellt *Werner Bussmann* vor. *Beat Kappeler* wendet sich gegen die Bemächtigung aller Lebens- und Politikentscheide durch die ökonomische Rationalität. Für einen technologiepolitischen Dialog, in dem die SP nicht nur als Warnerin vor negativen Folgen auftritt, plädiert *Karl Weber*. *Peter Hablützel* warnt vor einer Überschätzung des Staates, sieht für ihn aber auch neue Aufgaben. Zum Schluss ziehen die drei Herausgeber eine Bilanz der Diskussion.

Die Autoren, in ihrer Mehrheit Chefbeamte, Sekretäre und Nationalräte, bieten einen recht umfassenden Einblick ins sozialdemokratische Denken in der Schweiz. Dabei fällt zunächst auf, dass die Beschwörung des traditionellen Arbeiters offenbar nur noch ein Wunschtraum gewisser Zeitungskommentatoren ist. In den abgedruckten Beiträgen geniesst er jedenfalls kaum mehr Kredit. Andrerseits täuscht der Titel, bieten doch die weitgehend pragmatisch-technokratischen Überlegungen allenfalls eine Perspektive fürs nächste Jahrzehnt, sicher nicht fürs nächste Jahrhundert. Neben der kapitalistischen Marktwirtschaft gilt auch die Konkordanzdemokratie als bleibende Grösse. *Hans Werder* etwa kann sich in einer polemischen Bilanz die SP „entschlackt von Kleinbürgern, Karrieristen und Teflonsozialisten, unbelastet von Konkordanz, Kompromissen und politischer Verantwortung", „als reine Oppositionspartei" nur als 10-Prozent-Partei vorstellen.

Der enge Rahmen der „Perspektiven" macht die gewünschte „Vordenkerrolle" der SP illusorisch. Diese ist längst an andere Institutionen und Gruppierungen übergegangen, und dort entwickelte Ideen werden bestenfalls nachvollzogen. Die Überschätzung der Partei führt andrerseits zu einer äusserst negativen Haltung gegenüber neuen sozialen Bewegungen. Diese gelten, selbst wenn der Bogen „von den Klassenkämpfern über verschiedene grüne Gruppen und pazifistische Organisationen bis zu den Frauenbewegungen" gespannt wird, eher als Randgruppen. Sozialen Bewegungen ganz allgemein wird verglichen mit Parteien, Exekutiven und Verwaltungen untergeordnete Bedeutung beigemessen.

Die „Perspektiven" sollen der SP neue Wähler aus der „breiten und diffusen Schicht der Angestellten" zuführen, über die jedoch ausser ihrer stati-

stischen Bedeutung wenig bekannt ist. Sind nicht gerade neue soziale Bewegungen in den neuen Mittelschichten verankert? Um ihr Ziel zu erreichen, soll die SP möglichst wenig anecken. Der Markt wird als Allokationsmechanismus vorbehaltlos bejaht. Seine Defizite etwa bezüglich der „Positionsgüter" (Fred Hirsch) bleiben unerwähnt, und dies zu einer Zeit, in der immer klarer wird, dass gewisse Probleme nur kollektiv lösbar sind. Ob eingebunden in die Konkordanz die Formulierung glaubwürdiger Alternativen überhaupt möglich ist, wird nicht hinterfragt. Es sei hier nur daran erinnert, dass die schweizerische SP als einzige einen beachtlichen Teil ihrer öffentlichen Repräsentanten nicht selbst auswählt. Eine Sozialdemokratie, die sich ohne Ekken und Kanten ins bestehende System einfügt, ist letztlich für niemanden interessant: für das bürgerliche Lager nicht, weil sie eine potentielle Systemopposition nicht mehr integriert; für die Wählerschaft nicht, weil sich diese dann direkt für die Mehrheitsparteien entscheiden kann. Die Vorstellung, wonach die SP bessere Verwalter für den modernen Kapitalismus rekrutieren kann, besteht zwar schon seit Jahrzehnten, hat dadurch aber nicht an Realitätsgehalt gewonnen.

Bernard Degen

Rufer, Marc: Irrsinn Psychiatrie. Psychisches Leiden ist keine Krankheit. Die Medizinalisierung abweichenden Verhaltens. Zytglogge-Verlag Bern, 1988 (240 S., br., 27 Fr.)

„Irrsinn Psychiatrie", der Titel verrät es schon, ist eine leidenschaftliche Anklageschrift. Daraus ergeben sich die Stärken des Buches wie auch seine Schwächen. Marc Rufer kennt die Realität unserer psychiatrischen Institutionen aus eigener Erfahrung, er hat den „Irrsinn" mitgemacht, wie er in seinem eindrücklichen Nachwort beschreibt, als junger Assistenzarzt, ehe ihm bewusst wurde, wie wenig die Anstaltspsychiatrie ihren Patienten zu helfen weiss. Sie verdient die Empörung, mit welcher er sie nun verfolgt, vollauf.

Rufer nimmt die — inzwischen eher etwas verstummte — radikale Institutionskritik der englischen und italienischen Antipsychiatrie wieder auf und richtet sie gegen die Vertreter *unserer* Universitäts- und Klinikpsychiatrie. Gegen all die Bleuler, Kielholz, Pöldinger, Scharfetter, Ernst, deren technokratische Konzepte ebenso dominieren, wie sie selber Lehre und Forschung kontrollieren, beides eigentlich recht unangefochten. Allein schon daran hat Rufers Buch seine Existenzberechtigung. Es beginnt folgerichtig mit der Analyse der gesellschaftlichen Funktion psychiatrischer Institutionen, mit der Ausgrenzung, dem Aspekt von sozialer Kontrolle abweichenden Verhaltens, und zeigt auf, aufgrund welch fragwürdig-subjektivistischer Kriterien das Etikett „geisteskrank" zugeschrieben wird, von einer Wissenschaft, die sich mit der „Objektivität" einer Naturwissenschaft schmückt. Rufer weist treffend nach, wie wenig das nach dem somatischen Krankheitsmodell gebildete Konzept der psychischen Krankheit zum realen Verständnis der Verwirrung des Patienten beiträgt. Sehr anschaulich schildert er, an kurzen Beispielen illustriert, wie Konzepte einer psychodynamisch denkenden Psychiatrie (double-bind oder Laings Mystifizierung) dem Verwirrten aus seiner Verwirrung herausbringen können, wenn der Therapeut sich mit ihrer Hilfe

bemüht, dessen Sprache zu verstehen und seine Situation mit ihm zu klären. Rufer zeigt auch, wie psychiatrische Diagnosen oft den Charakter einer self-fullfilling-prophecy annehmen, indem sie einen Erwartungshorizont festlegen, welcher die Interpretation jeglicher Reaktion des Patienten auf seine Behandlung als Symptom ermöglicht. Zugleich wächst der so Diagnostizierte in die Rollenerwartung hinein, die sich an die Rolle des Verrückten heften.

Hierin kann man dem Autor nur beipflichten. Es gelingt ihm, einem breiten Publikum die Ergebnisse einer kritischen, psychodynamisch argumentierenden Psychiatrie, die den Verwirrten in seiner Verwirrung ernst nimmt und ihn dennoch als Partner akzeptiert, nahezubringen. Der Natur der Sache gemäss fällt dabei für den Insider nicht sehr viel Neues ab — aber für den ist dieses Buch auch kaum gedacht.

Mich persönlich überzeugt das Buch dort weniger, wo es die gesellschaftspolitische Seite der institutionalisierten Psychiatrie untersucht. Dies liegt an seinem eingangs erwähnten Charakter, einer Anklageschrift, die polemische Verkürzungen wohl unvermeidlich macht. Dennoch hätte ich mir manchmal weniger Komplexitätsreduktion, weniger pauschale Feststellungen und mehr Herleitungen gewünscht, mehr Aufzeigen von Vermittlungsschritten. Zum Beispiel: Wie laufen denn die herrschaftssichernden Funktionen der Psychiatrie genau ab? Inwiefern hält Psychotherapie die „Maschine" im störungsfreien Gang? Wie genau macht sie das? Inwiefern werden auch bewusste Therapeuten zu Komplizen der Macht? Hier hätte ich gerne etwas mehr gehört, gerade aus praktisch-politischen Gründen.

Manchmal sind mir Rufers gesellschaftskritische Überlegungen auch einfach zu kurz gegriffen. Etwa, wenn er pauschal feststellt: „Besonders Theorien aus dem Bereich der Psychologie, der Soziologie, Medizin und Psychiatrie stellen nicht ‚Wahrheiten' dar, sondern vielmehr Vorschriften darüber, wie die Gesellschaft zu sein und zu funktionieren hat." An einer anderen Stelle heisst es, auch wieder pauschal, der verbreitete Konsum psychoaktiver Drogen festige die Stellung der oberen sozialen Schicht. So scheint mir Rufer oft zu sehr in einem ‚Opfer – Täter' – Schema zu argumentieren, die Dialektik der radikalen Psychiatrie- und Gesellschaftskritik bleibt unbedacht. Insofern fällt er hinter eine Position zurück, wie sie Adorno schon 1955 markierte: "Indem der Geheilte dem irren Ganzen sich anähnelt, wird er erst recht krank, ohne dass doch der, dem die Heilung misslingt, darum gesünder wäre." Noch die gelungene Kur trägt das Stigma des Beschädigten, und insofern ist auch alle Psychotherapie objektiv unwahr.

Am stärksten wirkt das Buch für mich dort, wo es sich am nächsten bei der Erfahrungswelt des ärztlichen Psychotherapeuten Rufer bewegt. Und zwar die Kapitel über die Rolle der Psychopharmaka, deren Nutzen umstritten ist, wogegen die von ihnen hervorgerufenen körperlichen Schädigungen umso nachweisbarer sind. Dann auch die beiden Kapitel über die Pathologisierung des Suizids und die Psychiatrisierung des Drogenproblems. Hier wartet Rufer auch mit konkreten Alternativen auf, die sehr diskussionswert sind.

Grundsätzlich berührt das Buch durch seine konsequente Parteinahme für den Patienten. Zugleich mahnt es die Therapeuten und Therapeutinnen zur Einsicht in die Grenzen ihrer Möglichkeiten und kämpft gegen die verhängnisvollen Allmachtsphantasien, welche immer auf Kosten der Therapierten ausgetragen werden. Wichtig auch sein Einsatz für die Anerkennung eines Rechts auf Verzweiflung und Leiden — angesichts einer Welt, die hierzu weiss Gott hinreichend Anlass gibt.

All das macht das Buch wertvoll, auch wenn vieles an ihm kritisierbar ist. Zuviel des Guten scheint mir auch das Kapitel über C.G. Jung, das den Fluss der Argumentation eher stört, obwohl es in sich sehr Interessantes enthält

(den Nachweis nämlich, dass Jung nie über die simplen Grundannahmen der alten Bleulerschen Psychiatrie hinausgekommen ist, die er als Jungarzt am Burghölzli kennengelernt hat).

Dennoch: das Buch ist ein Stück notwendiger Aufklärung, und es ist zu hoffen, dass es die Betroffenen auch erreicht, nicht nur die, die es je schon wussten.

Anton M. Fischer

Gerechtigkeitsgasse 6
8002 Zürich
Telefon 01 202 62 74

Frauenbuchladen

Mo 14.00 - 18.30
Di - Fr 9.00 - 18.30
Sa 9.00 - 16.00

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
Oeuvre suisse d'entraide ouvrière OSEO
Soccorso operaio svizzero SOS

Die Diktatur des Marktes produziert weltweit Armut und Unterdrückung.
Deshalb ist auch die Tätigkeit des SAH international und solidarisch ...
... **im Inland** (z.B. Arbeitslosenprojekte und Kurse für Analphabeten)
... **im Ausland** (z.B. Selbsthilfeprojekte in Nicaragua und Burkina Faso)
... **und in der Flüchtlingshilfe** (z.B. Beratungsstellen für Asylbewerber)
Unser Motiv: Keine Almosen, sondern Gerechtigkeit, solidarisch und weltweit!
Postcheckkonto: Zürich 80-188-1

Postfach 325, 8031 Zürich, 01/271 26 00, PCC 80-188-1